

Daten | Fakten | Argumente

THEMA DER WOCHE

Unternehmen saubere Luft: Wie Politik, Wirtschaft und Kommunen 2018 Fahrverbote verhindern können

Auch das Jahr 2018 steht im Zeichen großer Anstrengungen von Politik, Wirtschaft und Kommunen, die europäischen Luftqualitätsstandards einzuhalten. An vielen Orten in Deutschland werden die gesetzlich festgelegten Grenzwerte für Stickstoffdioxid überschritten. Die Folge: Viele der betroffenen Städte könnten dazu verpflichtet werden, Fahrverbote für Dieselfahrzeuge einzuführen. Als Reaktion darauf wurden im vergangenen Jahr auf verschiedenen Diesel-Gipfeln Maßnahmenpakete für saubere Luft in Städten geschürt. Im Jahr 2018 gilt es, diese umzusetzen.

Fahrverbote verursachen enorme Kosten

■ Fahrverbote wären die schlechteste der denkbaren Lösungen. Denn für Fahrzeughalter würden Kosten in Milliardenhöhe durch Wertminderung und Neuanschaffung entstehen. Auch für die Wirtschaft erwartet der DIHK harte Einschränkungen: Immerhin werden Nutzfahrzeuge fast ausschließlich von Dieselmotoren angetrieben. Hinzu kommt, dass Unternehmen für den Transport von Waren und Werkzeugen kaum auf den öffentlichen Nahverkehr (ÖPNV) oder das Fahrrad ausweichen können. Zudem wären die Verbote wenig nachhaltig: Zwar können sie die Stickoxid-Emissionen von Dieselfahrzeugen reduzieren. Am Verkehrsaufkommen, Lärm und anderen Schadstoffbelastungen ändern sie aber wenig. Der DIHK wirbt deshalb dafür, die Luftqualität in den Städten ohne Fahrverbote zu verbessern.

Schadstoffbelastung sinkt bis 2020 deutlich

■ Die Chancen stehen gut: In Deutschland werden jährlich mehr als drei Millionen alte Fahrzeuge durch neuere ersetzt. Das wird die Schadstoffbelastung deutlich verringern. Bereits 2020 dürften so fast zwei Drittel der Städte, die derzeit über den Grenzwerten liegen, die europäischen Ziele erreichen. Damit dies auch im übrigen Drittel gelingen kann, stehen zusätzliche Handlungsoptionen zur Verfügung: Nicht nur die Nachbesserungen von Diesel-Pkw, auch die von vielen Herstellern bereits verlängerten Umweltprämien zum Umtausch älterer Fahrzeuge können einen Teil zur Lösung beitragen. Erste Untersuchungen zeigen, dass sich die Schadstoffbelastung so um fünf bis zehn Prozent verringern lässt.

Maßnahmen für nachhaltige Mobilität sind entscheidend

■ Auch das hohe Verkehrsaufkommen, Staus, alte Busse sowie Nutzfahrzeuge tragen zur Schadstoffbelastung bei. Deshalb sollten Städte auf einen Mix weiterer Maßnahmen für nachhaltige Mobilität setzen: Dazu zählen die Stärkung von ÖPNV und Rad, die Förderung alternativer Antriebe in ÖPNV und Wirtschaftsverkehr, die Optimierung von Parkraumbewirtschaftung und Innenstadtlogistik. Wirkungsvoll ist es auch, den Verkehrsfluss zu verbessern und den Durchgangsverkehr zu verringern. Jede Maßnahme kann – abhängig von der örtlichen Situation – geringfügige Beiträge zu Schadstoffminderungen leisten. Zusammen ergeben die Bündel vieler Einzelmaßnahmen sogar meist größere Potenziale als das Verbot alter Diesel-Pkw. So kann die Mobilität in Städten verbessert und gleichzeitig ein Gewinn für Umwelt und Wirtschaft erzielt werden.

Städte und Kommunen legen Luftreinhaltepläne vor

■ Ob Fahrverbote in allen Städten verhindert werden können, wird in Zukunft maßgeblich vom Engagement für nachhaltige Mobilität abhängen. 2017 haben neben Hamburg und Stuttgart auch die Städte Reutlingen und Hagen bereits Luftreinhaltepläne vorgelegt. Letztere werden die europäischen Grenzwerte im Jahr 2020 ohne Fahrverbote einhalten können. Eine gute Nachricht, denn diese Städte gehörten zu den am stärksten belasteten in Deutschland. Weitere 60 Kommunen haben Masterpläne zur Verbesserung der Luftqualität eingereicht. Das Unternehmen „Saubere Luft“ kommt also – ganz ohne Fahrverbote – in Schwung.